

Der libertäre Ökonom Javier Milei will argentinischer Präsident werden

## Erfolgreicher Populismus

Javier Milei sorgt für Furore. Jüngst widmete auch die Londoner *Financial Times* dem argentinischen Präsidentschaftskandidaten und bekennenden Anarchokapitalisten einen Beitrag, in dem sie dem Libertären „rechten Populismus“ bescheinigt. Diese Strategie wurde von dem US-Ökonomen Murray Rothbard (1926–1995) entworfen, sie setzt auf eine radikale Streichung von Steuern und des Wohlfahrtsstaates. Das ist genau die Linie des 52-jährigen Milei. Die von ihm geforderte Senkung der Staatsausgaben und Reduzierung der Ministerien von 18 auf acht visualisiert er mit einer Motorsäge, mit der er den Staat zurechtstutzen will. Zudem schafft der rechte Populismus die Privilegien für „geschützte“ Minderheiten ab und stellt Gleichheit vor dem Gesetz wieder her, ein auch von Milei verfochtenes liberales Prinzip.



von  
Philipp Bagus

„Auch mit einem radikalen freiheitlichen Programm lassen sich Wahlen gewinnen.“

Rothbards Populismus beinhaltete die Abschaffung der US-Notenbank Federal Reserve. Milei hat genau das mit der 1935 gegründeten argentinischen Zentralbank BCRA vor, inklusive ihrer physischen Sprengung. Er möchte die Macht der BCRA, die alle inflationistischen Ausgabenprogramme von Juan Perón und seinen Nachfolgern willig finanzierte, endgültig zerstören und das Land dollarisieren. Danach soll es statt des schwindsüchtigen Pesos freien Währungswettbewerb geben. Des Weiteren widersetzt sich der rechte Populismus der politischen Globalisierung und stellt die Interessen des eigenen Landes an erste Stelle – er streicht Entwicklungshilfe, Klimaprogramme und militärische Abenteuer. Zudem verteidigt der rechte Populismus traditionelle Familienwerte.

Der frühere Ökonomieprofessor Milei ist seit zehn Jahren medial präsent in der öffentlichen Debatte in Argentinien. Der polarisierende

Talkshow-Star nutzte 2019 seine Popularität zur Gründung einer eigenen Partido Libertario, die 2021 im Bündnis La Libertad Avanza (LLA) aufging und den Sprung ins Parlament schaffte. Der Anhänger der Österreichischen Schule der Nationalökonomie scheut keine lautstarke Polemik und läßt sich nicht einschüchtern. Energisch braust er gegen die ahnungslosen Linken („Zurdos“) auf und legt ihnen die Lektüre von Friedrich A. von Hayek, Ludwig von Mises und Rothbard nahe.

Er benennt die Profiteure des Staatsapparats und schimpft auf die Kaste der Politiker und Bürokraten, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung leben und gewinnt damit jene, die am meisten unter dem Joch des Staates leiden. Die angebliche „soziale Gerechtigkeit“ bedeutet Ungleichheit vor dem Gesetz und dient nur als Feigenblatt für Neid und Mißgunst. Steuern sind für Milei selbstverständlich Raub. Mileis emotionale Art kommt an, vor allem bei der Jugend. Erstaunlicherweise erhielt Milei bei den Vorwahlen im August 30 Prozent. Der zweitplatzierte „Peronist“ Sergio Massa kam nur auf 21,4 Prozent. Unabhängig davon, ob der charismatische Milei die Präsidentschaftswahl am 22. Oktober auch gewinnt, hat er eine Bewegung angestoßen, nicht nur im hispanischen Einflußbereich.

Er hat den Libertären neue Hoffnung gegeben – auch wenn Argentinien ein von der Politik ruiniertes Land ist und am ökonomischen Abgrund steht. Nichts ist unmöglich. Selbst mit einem radikal liberalen Programm lassen sich demokratische Wahlen gewinnen. Milei macht vor, wie es geht: Vamos Javier. ¡Viva la libertad carajo!

Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt Ökonomie an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid.

Sauerländer Erklärung des Vorstands der Unionsfraktion im Bundestag

## Angepaßt und mutlos

Von Jörg Fischer

Zwei Jahre Ampel-Chaos mit Deindustrialisierung, Energie- und Wohnungsnot sowie Volkszorn auf den „Heizungshammer“ – doch die Union dümpelt in bundesweiten Umfragen zwischen 25 und 29 Prozent herum. Das überrascht nicht, hat doch die größte Oppositionsfraktion weit über hundertmal im Bundestag mit der Regierung gestimmt. Doch weder Grüne noch FDP flüchten nach Jamaika. Was tun? Auf 2025 warten und bis dahin den Wählern eine verbal lautere, aber in Wahrheit angepaßte Opposition vorspielen.

Die vorige Woche veröffentlichte „Sauerländer Erklärung“ des Vorstands der Unionsfraktion ist das beste Beispiel. „Deutschland hat keine schlechte Wirtschaft, sondern eine schlechte Bundesregierung“, heißt es darin. Es werden mehr Netto vom Brutto, steuerfreie Überstunden und eine Belastungsbremse von 40 Prozent bei den Sozialabgaben versprochen. Die Gesamtsteuerbelastung von Firmen müsse bei 25 Prozent gedeckelt und die Stromsteuer solle von 2,05 auf das EU-Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde gesenkt werden. Der „Bürokratie-TÜV“ wird aus der Versenkung geholt – doch das alles hätte in den 16 Merkel-Jahren

längst passieren können. Im Gegenteil: Seit 2005 sind zahlreiche Belastungen, Regelungen und Gesetze dazugekommen. Das Schlimmste von allem war das Bundes-Klimaschutzgesetz. Das hat die Deindustrialisierung und den „Heizungshammer“ erst ermöglicht.

Und daran will die ergrünte Union prinzipiell nichts ändern. Punkt drei der Erklärung lautet daher: „Investitionsoffensive für Wirtschaft, Energie und Klima“. Und die Forderung, das „Energieangebot auszuweiten“, ist heuchlerisch: Atom- und Kohleausstieg wurden 2011 bzw. 2019 nicht von der Ampel, sondern von unionsgeführten Regierungen beschlossen. Mit Schiffen importiertes Flüssigerdgas (LNG) ist zu teuer, um es in Kraftwerken zu verbrennen. Die Wiederinbetriebnahme von drei AKWs wäre nur mit der FDP und der AfD möglich – doch zu der gibt es eine „Brandmauer“. Auch die Halbierung der Netzentgelte ist unrealistisch, denn damit wird die Integration der schwankenden „erneuerbaren Energien“ und der Stromnetzausbau finanziert. Daher ist ein Strompreis von „unter 20 Cent pro Kilowattstunde (inklusive aller Steuern und Abgaben)“ ohne Subventionen ein falsches Versprechen.



Windkraftanlage hinter Strommasten: Strompreissenkungen in Deutschland durch eine weitere Nutzung von Kernenergie als „Brückentechnologie“

## In der Interventionsspirale

Industriestrompreis: Habecks milliardenschweres planwirtschaftliches Leuchtturmprojekt

DIRK MEYER

Stillstehende Chemieanlagen, Produktionsrückgänge, Standortverlagerungen ins Ausland, drohender Arbeitsplatzverlust – das Gespenst der drohenden Deindustrialisierung Deutschlands geht um. Klimawandel, Corona-Pandemie und der Rußland-Ukraine-Krieg haben kurzfristig zu Lieferkettenproblemen, mittelfristig zu einer gewissen Deglobalisierung (Vermeidung von einseitigen Abhängigkeiten) und langfristig zu neuen Knappheiten (CO<sub>2</sub>-Preis, Umweltnutzungen) geführt, die den erreichten Wohlstand gefährden.

Doch Krisen im Sinne von Strukturbrüchen gab es schon immer: Pest-Pandemien, technologische Umbrüche (Dampfmaschine, Elektrifizierung/Fließband, elektronischer Drucksatz, Digitalisierung), Kriegszeiten und Nachkriegselend, Ölpreisschocks (1973 und 1979/80), die deutsche Wiedervereinigung. Ordnungspolitisch stellt sich die Frage, wie reagiert die politische Führung darauf: mit eher staatlicher Lenkung oder eher marktwirtschaftlich-wettbewerblicher Steuerung?

Gewerbestrom ist in Deutschland spürbar teurer als in Frankreich

Und wenn der Staat eingreift: Sind es Gebote, die ein Handeln vorschreiben (E-Auto, Wärmepumpe) oder Verbote wie Emissionsstandards, deren Realisierung technologieoffen gehalten wird? Die Wahl der Mittel hat Einfluß auf das Tempo und die gesellschaftlichen Kosten des Wandels. Die in der Vergangenheit durch das OPEC-Kartell ausgelösten Ölpreisschocks und deren unterschiedliche Handhabung in Ost- und Westdeutschland oder die unterschiedlichen „Energiewenden“ in Europa belegen das eindringlich.

Wirtschaftsminister Robert Habeck will nun mit einem subventionierten „Brücken-“ oder „Transformationsstrompreis“ für bestimmte energieintensive Branchen bis 2030 gegensteuern. Doch dieser Industriestrompreis ist nur ein weiteres Irrlicht eines „Regulierungsleuchtturms“ im Wellengang zahlreicher weiterer interventionistischer Untiefen: von Gebäudenormen und der Förderung von Balkonkraftwerken und E-Mobilität. Gewerbestrom war laut Eurostat in Deutschland mit im Schnitt 26 Cent pro Cent pro Kilowattstunde (kWh) im zweiten Halbjahr 2022 teurer als

in Frankreich (15 Cent). In den USA wird sogar mit acht Cent um Investoren geworben.

Doch dieser Wettbewerbsnachteil ist selbst verschuldet: ein überreifer Atomausstieg (inklusive 2,4 Milliarden Euro Entschädigungen an die Betreiber); das deutsche Embargo gegenüber russischem Öl und das EU-Kohleimportverbot; keine Genehmigung von Nord Stream 2; Übergewinnsteuer auf dem Strommarkt. Dazu entfallen 26 Prozent des Strompreises auf Steuern, Abgaben und Umlagen. Eindeutige Aussagen zum Industriestrompreis sind jedoch schwierig, da die Preise verbrauchsabhängig sind (Mengenrabatt) und der Strom teilweise auch von den Firmen selbst erzeugt wird. Gewerbetunden zahlen generell weniger als Privathaushalte (Preisdiskriminierung).

Im zweiten Halbjahr 2022 zahlten industrielle Abnehmer mit einem hohen Stromverbrauch (zwischen 70.000 und über 150.000 Megawattstunden) in Deutschland nur 19,7 Cent/kWh, in Frankreich waren es laut Eurostat 13,5 Cent, in Polen 14 Cent und in den Niederlanden 15,5 Cent (ohne Mehrwert- und erstattungsfähige Steuern und Abgaben). Der im Wirtschaftsministerium (BMWK) diskutierte Industriestrompreis ist ein Höchstpreis, dessen Subventionsanteil die Differenz zum jeweils aktuellen Börsenpreis ausmacht. Bei sechs Cent läge der staatliche Zuschuß demnach bei etwa 14 Cent – also bei 70 Prozent Subvention.

Der Industriestrompreis soll für 80 Prozent des Basisverbrauchs der besonders energieintensiven Unternehmen gelten (bundesweit etwa 1.700 bis 2.000 Firmen wie bei der „besonderen Ausgleichsregelung“ im EEG) und spätestens 2030 beendet werden. Voraussetzungen: Standorttreue, Tarifbindung und „Transformationspläne“ Richtung Klimaneutralität. Finanziert werden soll das mit 25 bis 30 Milliarden Euro aus dem Nebenhaushalt des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) aus der Coronazeit – ungenutzte Kreditermächtigungen sind vorhanden. Doch die Stromverbilligung führt zu Mehrverbrauch bei den begünstigten Unternehmen – umweltpolitisch ein „No-go“.

Zudem verteuert sich der Strom für die anderen Gewerbetunden und private Haushalte. Die kreditfinanzierten Subventionen müssen von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Da langfristig mit eher steigenden Energie- und Stromkosten zu rechnen ist, würde ein notwendiger Strukturwandel behindert. Das Geld wäre für Anpassungshilfen (Weiterbildung von Fachkräften, neue Infrastruktur) besser eingesetzt, statt sich der Gefahr einer Dauersubvention auszusetzen. Doch wie sollen die begonnene Industrieabwanderung und die Einfuhr

von klimaschädlich produzierten Alternativen verhindert werden? Das spricht für den „CO<sub>2</sub>-Zoll“ der EU (Grenzausgleichsmechanismus/CBAM), der entsprechende Importe ab Oktober belasten soll. Wettbewerbsnachteile könnten dadurch tendenziell ausgeglichen werden.

Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung

Ein Industriestrompreis diskriminiert alle nicht geförderten Gewerbetriebe. Deshalb gibt es eher ablehnende Stellungnahmen aus dem Mittelstand, aber auch Forderungen nach gleicher Förderung, wie ein „offener Brief“ des Industrieverbands Feuerzinken für einen „Dekarbonisierungs-Strompreis“ zeigt. Eine rechtliche Hürde könnte der EU-Binnenmarkt und das Beihilfeverbot (Artikel 107 AEU-Vertrag) darstellen, wenn die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige „den Handel zwischen Mitgliedstaaten“ beeinträchtigt. Nach einschlägiger Auslegung reicht eine potentielle Wettbewerbsverfälschung bereits aus. Ebenso ist es für eine (drohende) Handelsbeeinträchtigung nicht notwendig, daß die begünstigte Firma am EU-weiten Handel teilnimmt. Es reichen mögliche Auswirkungen auf den zwischenstaatlichen Handel aus.

Dabei gibt es bereits zwei Beihilfe-Förderungen für stromintensive Produktionen: Zum einen die der EU-Emissionshandels-Richtlinie konforme „Strompreiskompensation“, für die das BMWK bis 2026 bereits 12,1 Milliarden Euro eingeplant hat; zum anderen die „Besondere Ausgleichsregelung“, wonach stromintensive Unternehmen eine Reduzierung der Umlage nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) und der Offshore-Netz-Umlage beantragen können.

Im Sinne einer marktwirtschaftlichen Kostensenkung wären zudem eine Entlastung der Stromkosten von Steuern, Abgaben und Umlagen, ein zügiger Ausbau der Stromnetze parallel zu dem wachsenden Angebot erneuerbarer Energien, die weitere Nutzung von Kernenergie als „Brückentechnologie“ und ein global für jeden und alle Verwendungen geltender CO<sub>2</sub>-Preis notwendig; Also klare und einfache Regeln – ohne Ausnahmen, Einschränkungen und Interventionsspiralen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. 2022 erschien sein Buch „Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise“.

jf.de/podcast

Bei uns gibt es jetzt  
was auf die Ohren.  
Woche für Woche.

In ihrem wöchentlichen Podcast berichten die Volontäre der JF über ihr Abenteuer Meinungsfreiheit, das sie bei der Produktion von Deutschlands aufregendster Wochenzeitung immer wieder neu erleben.  
Eine ganz persönliche Portion Spaghetti Volognese.



Hören Sie rein.  
Auf den gängigen Plattformen:  
und auf [jf.de/podcast](https://jf.de/podcast)

JUNGE FREIHEIT  
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.